

Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA

Extremismuspräventionsatlas (EPA)

Eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland im Jahr 2021

Sandra Michaelis, Uwe Kemmesies

Radicalisation Monitoring



Einleitung

Wohl nicht zuletzt aufgrund diverser Krisen – von der sogenannten Flüchtlingskrise Mitte der 2010er-Jahre über die Coronapandemie bis hin zu den jüngsten geopolitischen Verwerfungen infolge des Krieges in der Ukraine – und eines damit verknüpften Radikalisierungsgeschehens mit zum Teil extremistischen Ausprägungen hat die Extremismusprävention in den letzten Jahren beständig an Bedeutung gewonnen. So sind einerseits extremistische Szenen selbst stark heterogen ausgeprägt wie auch andererseits die Wege, die Personen dorthin führen (Lützinger 2010) – wir beobachten ein über Raum und Zeit höchst fluides extremistisch konnotiertes Radikalisierungsgeschehen in Deutschland, dem auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene mit zunehmenden Präventionsanstrengungen begegnet wird (Kemesies/Ben Slama 2020, 18 f.). Parallel scheint sich eine zunehmend komplexer werdende Angebotsstruktur zu entwickeln, um der Heterogenität der präventiv zu adressierenden Bevölkerungsgruppen und individuellen extremistischen Akteur*innen gerecht zu werden. Allein ein oberflächlicher Blick auf die sich fortwährend dynamisch verändernde Landschaft der Präventionspraxis lässt bereits offenkundig werden, dass eine „One-size-fits-all-Strategie“ nicht zu verfangen scheint: Altbewährte Strategien für präventiven Erfolg müssen immer wieder hinterfragt und angepasst werden. Entsprechend diesen Herausforderungen, denen mit Zielgruppenorientierung, Flexibilität, Innovationsbereitschaft und gut durchdachter Ansprache begegnet werden muss, ist die Präventionslandschaft in Deutschland einem stetigen Wandel unterworfen und sehr unübersichtlich.

In dieser Situation fällt der Austausch von mehr oder weniger erfolgreichen Praxisansätzen beziehungsweise die gegenseitige Kenntnisnahme von konkreten Präventionsangeboten schwer. Dies ist allerdings Voraussetzung für eine gelingende und vor allem effiziente Prävention in Deutschland. Aus dieser Notwendigkeit heraus startete 2018 unter dem Titel „Extremismuspräventionsatlas“ eine fortlaufende Datenerfassung der deutschen Präventionspraxis. In den Datenbestand werden seitdem kontinuierlich neue Angebote aufgenommen und beendete Maßnahmen wieder herausgenommen. Mittels dieser Daten wird für etwaige Zielgruppen ein detailliertes Bild der deutschen Präventionslandschaft gezeichnet: Das rat-suchende Umfeld einer radikalisierten Person findet schnell passende Informationen, Präventionsakteur*innen erhalten Orientierung bei der

konzeptionell-strategischen Planung und Vernetzungsaktivitäten werden erleichtert.

Ein entsprechendes Präventionsmonitoring nimmt damit einen zentralen Stellenwert im Rahmen des von MOTRA verfolgten Wissenstransfers ein. Darüber hinaus erlaubt das Monitoring der Präventionslandschaft über den analytischen Abgleich mit Fallzahlen zur sogenannten politisch motivierten Kriminalität (vgl. Bitschnau et al. 2022 in diesem Band) auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland eine erste nähere Einschätzung, inwieweit in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands Angebot und Bedarf, hier festgemacht an einem politisch motivierten Kriminalitätsgeschehen, in einem ausgewogenen Verhältnis zu stehen scheinen. Im Wissen um die vielfältigen Herausforderungen der Analyse von Bedarf und Angebot in diesem dynamischen Präventionsfeld (umfassend: Gansewig 2018) versprechen wir uns dennoch über ein fortlaufendes Monitoring der Präventionslandschaft künftig eine zunehmend belastbarere evidenzbasierte Orientierung für strategische Planungsprozesse in Praxis und Politik zur Verbesserung der Bedarfsorientierung in diesem herausfordernden und komplexen Handlungsfeld.

Datengrundlage

Als Grundlage des in MOTRA integrierten und von der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt entwickelten „Extremismuspräventionsatlas“¹ (vgl. zur ersten Berichterstattung im Rahmen des MOTRA-Monitorings: Gruber 2021) dienen Open-Source-Daten in Gestalt von Darstellungen der Präventionsangebote durch die Träger*innen selbst sowie Informationen zu den entsprechenden Förderprogrammen im Internet. Die erhobenen Daten stellen somit in erster Linie ein Abbild von Eigendarstellungen der jeweiligen Präventionsangebote

¹ Als Ausgangspunkt der unter dem Projekttitel „Extremismuspräventionsatlas (EPA)“ laufenden Dauererhebung präventiver Maßnahmen fungierte das Modul „Präventionslandschaft“ des modular angelegten Forschungsprojekts „Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG)“, welches zwischen 2014 und 2017 durchgeführt wurde. Sämtliche Modulabschlussberichte des PüG-Projekts können auf der Homepage des Bundeskriminalamts heruntergeladen werden, unter anderem auch der Abschlussbericht von Gruber und Lützing (2017) zur Präventionslandschaft.

dar, die in der Regel als zeitlich befristete Projekte mit auf bestimmte Phänomenbereiche und entsprechende Zielgruppen fokussierten Zielstellungen umgesetzt werden. Aufgrund der eingeschränkten Objektivität der Daten lassen sich weder sichere Rückschlüsse auf die tatsächliche Umsetzung der Maßnahmen entsprechend ihren Planungsgrundlagen noch auf deren präventiven Erfolg ziehen. Hierzu bedürfte es methodisch-evaluativer Zugänge mit einem ungleich größeren Ressourcenansatz. Weiterhin ist voranzustellen, dass die Datenerhebung schwerpunktmäßig Bundes- und Landesförderprogramme abdeckt, da kommunalbezogene sowie privat- und ehrenamtlich finanzierte Projekte und Initiativen oft nur sehr kurze Laufzeiten (mitunter handelt es sich um punktuelle Veranstaltungen in Gestalt von Vorträgen, Vortragsreihen, Workshops) aufweisen und so fortlaufend kaum verlässlich zu identifizieren beziehungsweise zu erfassen sind. Projekte dieser Art sind folglich unterrepräsentiert. Das mittel- und langfristige, meist von Bund und Ländern geförderte Angebot deckt der Präventionsatlas jedoch recht umfänglich und zuverlässig ab, womit sich Veränderungen in der Präventionslandschaft über das fortlaufende Monitoring perspektivisch gut abbilden lassen. Noch befindet sich das EPA-Monitoring allerdings weiterhin im Aufbau und wie angesprochen stellen die zum Vergleich herangezogenen Datensätze aus 2018 und 2021 keine Vollerhebungen dar. Insofern ist ein Direktvergleich der in 2018 und 2021 erhobenen Ist-Zustände nur bedingt möglich, auch, weil bestimmte Verzerrungseffekte anzunehmen sind: So ist nicht auszuschließen, dass in Abhängigkeit von personellen Ressourcen oder einem zunehmend antizipierten ökonomischen Druck infolge der Coronapandemie die Träger*innen um mehr Außenwahrnehmung ihrer Projekte in 2021 gegenüber 2018 bemüht waren, weil künftig finanzielle Einschränkungen mit Blick auf eine Weiterförderung von Präventionsangeboten befürchtet werden. Insofern ist es unabdingbar, etwaige Auffälligkeiten gezielt zu reflektieren und nicht voreilig als einen tatsächlichen Wandel der Präventionspraxis beziehungsweise Präventionslandschaft zu interpretieren.

Bei der nun folgenden Darstellung der Präventionslandschaft 2021² und ihrem Vergleich mit der Situation in 2018 (im Detail: Lützing et al. 2020)

² Ein besonderer Dank gilt Florian Gruber, der die systematische Erfassung der Präventionspraxis 2021 bewältigte.

werden folgende Kriterien berücksichtigt: Reichweite von Maßnahmen, Trägerschaft, Arbeitsfeld, Zielgruppe, Angebotsart, Art der Prävention sowie eine etwaig parallel durchgeführte wissenschaftliche Begleitforschung (Evaluation). Ergänzend zur deskriptiv-vergleichenden Sichtung der Präventionslandschaft werden die Daten zum Präventionsangebot in diesem Jahr erstmals analog zum Vorgehen des MOTRA-Monitorings systematisch auf der Analyseebene der aktuell 401 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands mit den polizeilichen Daten aus 2021 zum politisch und religiös motivierten Straftatengeschehen (KPMD-PMK) sowie den INKAR-Sozialstrukturdaten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung von 2019 (BBSR 2021) analytisch verknüpft (sozialräumliche Analysen der PMK-Daten hier ausführlich: Bitschnau et al. 2022 in diesem Band). Wenngleich die Polizeistatistiken natürlich nur das Hellfeld eines mutmaßlich politisch motivierten Straftatengeschehens abbilden und keine Rückschlüsse auf radikale oder extremistische Einstellungen in der Bevölkerung zulassen, können diese Daten gleichwohl als ein indirekter Indikator für ein interventionsbedürftiges, in der Regel ‚extremistisch‘ konnotiertes Radikalisierungsgeschehen und einen entsprechend gelagerten Präventionsbedarf herangezogen werden. Allerdings – nicht zuletzt angesichts der angesprochenen Datendefizite – können die hier präsentierten Analysen jedoch lediglich den Anspruch erheben, allenfalls eine erste explorative, vorantastende Orientierung zur Frage des Verhältnisses von Präventionsangeboten und möglichem Bedarf zu vermitteln. Dies gilt allein schon aufgrund des offensichtlichen Umstandes, dass Kriminalität gemäß einem ganz allgemeinen Befund der Kriminologie in der Regel dann geschieht, wenn soziale Prozesse und soziostrukturelle Kontextbedingungen aus dem Ruder gelaufen sind und eine Prävention offensichtlich nicht wirken konnte, weil sie schlicht nicht vorhanden oder aber im gegenständlichen Kriminalitätsfeld nicht zielführend war. Darüber hinaus stellt sich hier eine besondere Variante des Henne-Ei-Problems: Stellt das präventive Handeln eine Reaktion auf Veränderungen des Präventionsgegenstandes, auf eine Zunahme der Kriminalität (hier: PMK) dar, oder hat die Prävention zu einem Absinken der Fallzahlen geführt, weshalb der Eindruck entstehen könnte, es bestünden Überkapazitäten? Vor dem Hintergrund der skizzierten Unwägbarkeiten wird die hier greifende vergleichende, primär quantitative Betrachtung der Präventionslandschaft und des Kriminalitätsgeschehens in den ersten Erhebungswellen unseres Monitoring noch keine näheren Schlussfolgerungen zur Qualität und

Deckung des Präventionsbedarfs zulassen – die analytische Verknüpfung der PMK-Daten mit den Daten des Extremismuspräventionsatlas erlauben nur einen orientierenden Überblick, ohne kausale Rückschlüsse ziehen zu können.

Die jüngere Extremismuspräventionslandschaft in Deutschland im regionalräumlichen und zeitlichen Vergleich ,2018–2021‘

Für das Jahr 2021 wurden 2.291 Präventionsangebote erfasst (Stand 31.12.2021). Dies entspricht einem Zuwachs um etwa ein Drittel gegenüber dem Jahr 2018 (Stand 31.12.2018: n=1.642) und ist allem Anschein nach maßgeblich auf die Verstetigung und den Ausbau zahlreicher Bundesprogramme zurückzuführen (so etwa und wesentlich: „Demokratie leben!“, „Zusammenhalt durch Teilhabe“).

Im Jahr 2018 verteilten sich die Projekte noch zu fast gleichen Teilen auf Ost- und Westdeutschland (West: 49 % – Ost: 51%; Lützing et al. 2020, 601), wohingegen für 2021 eine räumliche Verschiebung festzustellen ist: Mittlerweile ist die Mehrheit des erfassten Präventionsangebots in Westdeutschland verortet (West: 56 %, n= 970 – Ost: 44 %, n=760).³ In Anbetracht der Gesamtbevölkerungsverteilung ist Ostdeutschland hiermit jedoch immer noch überrepräsentiert, entfallen damit doch 44 % der Präventionsangebote in Deutschland auf einen Bevölkerungsanteil von nur etwa 18 %.⁴ Berücksichtigen wir jedoch das politisch und religiös motivierte Straftatenaufkommen in Ost- und Westdeutschland, so relativiert sich das Bild: Nahezu 40 % (n = 21.895) des Gesamtstrafatenaufkommens entfallen auf den Osten der Bundesrepublik und die Anzahl der Fälle PMK

³ Die Berechnung erfolgte unter Vernachlässigung bundesweiter Angebote und solcher, die sowohl in mindestens einem Bundesland im Osten als auch im Westen, aber nicht deutschlandweit arbeiten (n = 561). Hierunter fallen nach hiesigem Verständnis auch Internetangebote, sofern der Zugang nicht nur einer speziellen Zielgruppe möglich ist (zum Beispiel Jugendliche aus der Stadt X, die sich über ein Passwort einloggen). Das Bundesland Berlin wurde hier dem Osten zugeordnet.

⁴ „Im Jahr 2020 betrug die Einwohnerzahl in Westdeutschland auf Grundlage des Zensus 2011 rund 70,66 Millionen Menschen. In Ostdeutschland lebten zum 31. Dezember 2020 etwa 12,5 Millionen Personen“ (Statista 2022).

pro 100.000 Einwohner*innen sind 2021 in Ostdeutschland fast dreimal so hoch wie in Westdeutschland (48 West - 135 Ost).

Grundsätzlich gilt es hierbei zu bedenken, dass die Angebotslandschaft immer auch Ausdruck politischer Steuerung ist (Kurtenbach/Schumilas 2021, 144 ff.). Insgesamt spiegelt die räumliche Verteilung und deren Entwicklung also den Trend der finanziellen Förderung in den Bundesprogrammen wider. Wurde beispielsweise das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ (Förderzeitraum 2007–2010) noch dafür kritisiert, dass die lokalen Aktionspläne sich stark auf ostdeutsche Regionen fokussierten, ergab sich in den Nachfolgeprogrammen „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ (2011–2014) und „Demokratie leben!“ (2015–2024) ein intensiverer Ausbau der Angebotsstruktur insbesondere in Westdeutschland (BMFSFJ 2017, 13; ISS 2019, 38 f.). Der räumliche Verschiebungseffekt zwischen 2018 und 2021 lässt sich unter anderem durch die Erfassung der „Respekt Coaches/ Anti-Mobbing-Profis“ erklären.⁵ Dieses Bundesmodellprogramm richtet sich direkt an Schüler*innen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (BMFSFJ 2021a) und deckt durch die Verteilung der Schulen im gesamten Bundesgebiet automatisch mehr Standorte in West- als in Ostdeutschland ab.⁶

Die Mehrzahl der präventiven Projekte ist weiterhin landesweit (34 %, n = 783) beziehungsweise lokal (42 %, n = 968) tätig. Bundesweite Angebote (24 %, n = 540) sind unabhängig vom Wohnort für jeden zugänglich - beispielsweise in Form von Informationsmaterial und -broschüren oder Onlineangeboten wie Webinaren, Schulungen und Beratungen.

Ähnlich wie im Rahmen der ersten Erhebungswelle in 2018 beobachtet (Lützinger et al. 2020, 600 f.), widmen sich die meisten Angebote 2021 den Arbeitsfeldern Rechtsextremismus (67 %, n = 1.541) sowie Extremismus

⁵ Dieses Bundesmodellprogramm wurde zwar bereits 2018 gestartet, in dem Jahr allerdings noch nicht in der EPA-Datenbank erfasst.

⁶ 76 % (n = 208) der „Respekt Coaches“-Projekte adressieren Schulen in Westdeutschland und nur 24 % (n = 67) Schulen in Ostdeutschland.

allgemein⁷ (66 %, n = 1.509). Diese Tendenz zeichnete sich bereits 2014/2015 im Rahmen des PüG-Projekts ab (Gruber/Lützing 2017). Außerdem zeigt sich ein weiterer Zuwachs an erfassten Projekten, die Islamismus (36 %, n = 832) oder Linksextremismus (19 %, n = 432) entgegenwirken – insbesondere der Anteil der Linksextremismusprävention stieg von 7 % im Jahr 2018 auf 19 % (für weitere phänomenspezifische Details siehe unten).

Bei diesen Angaben ist zu beachten, dass die Projekte den Phänomenbereich ausschließlich oder neben weiteren Bereichen bearbeiten können.⁸ So lässt sich der deutliche Anstieg beim Arbeitsfeld Linksextremismus nahezu ausschließlich auf das phänomenübergreifende Programm „Respekt Coaches“ zurückführen. Im Zuge der Coronapandemie und der jüngsten rassistischen Anschläge deckt dieses seit 2021 auf Empfehlung des Kabinettsausschusses gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein breiteres Themenspektrum ab, darunter auch Linksextremismus (Fachstelle JMD Respekt Coaches 2021).

Es zeigt sich, dass knapp die Hälfte der erfassten Projekte – ähnlich wie im Jahr 2018 – einen Phänomenbereich ausschließlich betrachtet (48 %, n = 1.106), davon wiederum 40 % (n = 437) ideologieunspezifisch Extremismus im Allgemeinen und 38 % (n = 418) Rechtsextremismus im Besonderen.⁹ Damit verfolgt die verbleibende Hälfte der Präventionsangebote (52 %, n = 1.185) einen phänomenübergreifenden Ansatz, davon 60 % (n = 708) auf lokaler Ebene und nur 24 % (n = 286) auf Landesebene beziehungsweise 16 % (n = 191) auf Bundesebene. Solch ein phänomenübergreifender Ansatz wird in Forschung und Praxis mittlerweile auch befürwortet, um Stigmatisierungen und Polarisierungen zu vermeiden

⁷ Diese Projekte machen keine explizite Einschränkung hinsichtlich eines Phänomens, sondern widmen sich ganz allgemein dem Themenfeld „Extremismus“. Hierzu zählen auch Projekte zur Demokratieförderung oder gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

⁸ In den folgenden Kapiteln wird gesondert erwähnt, wenn die Daten sich auf Projekte beziehen, die ausschließlich einen Phänomenbereich bearbeiten. Ohne eingrenzende Erläuterung sind in den Daten also auch phänomenübergreifend arbeitende Projekte inbegriffen.

⁹ Jedoch kann hierbei nicht ausgeschlossen werden, dass die Träger*innen über weitere Projekte oder Kontakte in der Angebotslandschaft sich nicht auch einen erleichterten Zugang zu Kompetenzen in anderen Phänomenbereichen verschaffen können und somit zügig phänomenübergreifend handlungsfähig wären.

(beispielsweise Weilnböck/Uhlmann 2018).¹⁰ Zudem werden auch zunehmend in der Wissenschaft unter dem Stichwort der ‚wechselseitigen Radikalisierung‘ die radikalisierungsfördernden Wechselwirkungsprozesse zwischen den einzelnen Phänomenbereichen diskutiert und empirisch-analytisch reflektiert (exemplarisch: Moghaddam 2018).

Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft in der Präventionsarbeit

Die Verteilung der Trägerschaft aller erfassten Projekte hat sich im Vergleich zu 2018 kaum verändert. Nach wie vor werden die Projekte mehrheitlich durch zivilgesellschaftliche Träger*innen umgesetzt (61 %, n = 1.397). Dies trifft vor allem auf kommunaler und landesweiter Ebene zu (63 %, n = 1.104). In etwas geringerem Ausmaß zeigt sich dies auch bei Projekten, die bundesweit agieren (54 %, n = 293). Damit erweist sich das zivilgesellschaftliche Engagement weiterhin als eine tragende Säule innerhalb der Extremismuspräventionslandschaft in Deutschland. Dies spiegelt sich unter anderem darin wider, dass die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen in den letzten Jahren über entsprechende Fachpublikationen und Handreichungen verstärkt adressiert werden, und zwar aus einer Tradition heraus, in der sich spätestens mit den Terroranschlägen in 2001 eine zunehmende Aktivierung der Zivilgesellschaft zur Prävention eines (religiös-)extremistisch aufgeladenen Radikalisierungsgeschehens ergeben hat (Figlestahler/Schau 2021, 17 ff.).

Als ein besonderes Merkmal der Extremismusprävention in Deutschland erscheinen insbesondere die Vernetzung und das gemeinsame Agieren staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, was vor allem für den Bereich der indizierten Prävention zu gelten scheint (Neitzert 2021, 32). So kooperieren Vereine und staatliche Stellen häufig über Runde Tische, wenn es konkret um die Fallarbeit bezüglich Distanzierungsmaßnahmen geht. Auch zeigt sich eine dichte Netzwerkarbeit in den „Partnerschaften für Demokratie“: Diese werden staatlich finanziert und auch koordiniert, die

¹⁰ 2014/2015 wurde noch ein deutlich geringerer Anteil (13 %) von Projekten erfasst, die phänomenübergreifend arbeiten (Gruber/Lützingner 2017).

konkrete Präventionsarbeit geschieht jedoch über die eng angebundenen zivilgesellschaftlichen Träger*innen und Initiativen, wodurch auch auf lokale Besonderheiten Bezug genommen wird (Lützinger et al. 2020, 602 f.). Dennoch gibt es auch Projekte, in denen Staat und Zivilgesellschaft unabhängig voneinander agieren. Diese haben in der Regel den Vorteil, dass unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden. So ist in der Vergangenheit ein breites Portfolio an Präventionsmaßnahmen entstanden (Details siehe Kapitel „Vielfalt der Arbeitsformate“), das auf unterschiedliche individuelle Bedarfslagen reagieren kann.

Gerade im sensiblen präventiven Handlungsfeld der Distanzierungsarbeit ist immer wieder das kooperative Miteinander von zivilgesellschaftlichen und (sicherheits)behördlichen Akteur*innen unter Berücksichtigung von Sicherheitsbelangen auszubalancieren, ohne die unter dem Stichwort der ‚Versicherheitlichung von Präventionsarbeit‘ stärker diskutierte Risiken den sozialarbeiterischen Erfolg von Interventionen sowie den Zugang zu entsprechenden Zielgruppen betreffend zu gefährden beziehungsweise zu erschweren (hierzu ausführlich etwa: Hamm 2021).

Zielgruppen und Fokus

Auf einem ganz allgemeinen Abstraktionsniveau können wir zwei verschiedene Zielgruppen von Extremismusprävention differenzieren: die (potenziell) Betroffenen beziehungsweise Personengruppen, die mit einem Risiko in Richtung extremistisch konnotierter Radikalisierung assoziiert werden (direkte Prävention), sowie deren soziales Umfeld wie beispielsweise Familie, Freund*innen, Arbeitskolleg*innen oder Lehrer*innen (indirekte Prävention). Das nähere soziale Umfeld spielt in der Extremismusprävention insofern eine wichtige Rolle, als es häufig frühzeitig, gar noch vor den Betroffenen selbst Rat und Hilfe sucht (etwa: Dantschke/Köhler 2013, 189 ff.). Darüber hinaus erlaubt das soziale Umfeld erweiterte Zugänge zu Betroffenen (Türöffnereffekt). Vor diesem Hintergrund sind Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen ebenso wie die Schaffung von Anlaufstellen, an die sich Familienangehörige, Freund*innen und Fachpersonal wenden können, von zentraler Bedeutung (Lützinger et al. 2020, 603 f.). Gut ein Fünftel (22 %, n = 493) der erfassten Präventionsmaßnahmen adressiert das nähere soziale Umfeld wie Familie, Freund*innen und Bekannte. Und vier von fünf Angeboten (81 %, n = 1.852) richten sich

(auch), einer Multiplikator*innenstrategie folgend, an Fachpersonal aus den Bereichen Erziehung, Jugendarbeit, Wohlfahrtspflege sowie religiöse Gemeinschaften, von denen eine gewisse Nähe zu entsprechenden Risikogruppen angenommen wird. Diese Beobachtung deckt sich im Kern mit der MAPEX-Studie, insofern diese auch festhält, dass sich die näher analysierten Projekte (n = 555) mehrheitlich (55 %) an Fachkräfte und Multiplikator*innen wenden (Freiheit et al. 2021a, 71) – von den 190 Projekten, die sich phänomenübergreifend einem sowohl religiös-islamistischen als auch politisch rechten Extremismus widmen, beträgt der Anteil wie in der vorliegenden Analyse nahezu deckungsgleich 83 % (Freiheit et al. 2021b, 242).

Die Altersgruppe Jugendlicher und (junger) Erwachsener, die aus kriminologischer und entwicklungspsychologischer Perspektive die meisten Risikofaktoren in Richtung einer extremismusaffinen Radikalisierung und eines abweichenden, strafbewehrten Verhaltens allgemein aufweist (aktuell etwa: Oberwittler 2021), steht nach wie vor im Hauptfokus präventiver Bemühungen, etwa drei Viertel aller Maßnahmen richten sich an diese Zielgruppe (77 %, n = 1.711). Jedes sechste Projekt (16 %, n = 369) widmet sich Kindern im Kindergarten- und Grundschulalter. Hier gilt es jedoch zu beachten, dass für diese Altersstufe ein breites Angebot zur Vorbeugung von allgemein kriminellen Verhalten besteht. Zwar wird dort kein direkter thematischer Bezug zur Extremismusprävention hergestellt – und die entsprechenden Programme werden demzufolge auch nicht über die hiesige Datenerhebung erfasst –, eine indirekte Einwirkung auf Radikalisierungstendenzen dürfte jedoch dennoch gegeben sein, da hierbei weit im Vorfeld kritischer Entwicklungen angesetzt und allgemeine Schutzfaktoren gegen selbst- und fremdschädigendes Verhalten gestärkt werden (Lützinger et al. 2020, 604).

Weiterhin lassen sich die Präventionsmaßnahmen entsprechend ihrer Zielgruppenorientierung den Feldern der universellen, selektiven und indizierten Prävention zuordnen. Wie auch in 2018 schon beobachtet, ist die ganz überwiegende Mehrzahl der Maßnahmen (88 %, n = 2.020) dem Bereich der universellen Prävention zuzuordnen, insofern sie sich an die Gesamtbevölkerung beziehungsweise Personen richten, welche mutmaßlich bisher noch keinerlei näheren Berührungspunkte mit radikalen oder extremistischen Milieus hatten und entsprechend keine verfestigten Einstellungsmuster entwickelten. Universell-präventiv ausgerichtete

Konzepte umfassen in der Regel Ansätze der Wertevermittlung und Aufklärungsarbeit. Der hier ermittelte Anteilswert ist nahezu deckungsgleich mit demjenigen der MAPEX-Studie (89 %; Freiheit et al. 2021a, 60). Bei der selektiven Prävention – diese macht 42 % (n = 960) der Maßnahmen aus, was gegenüber der MAPEX-Studie (28 %, ebd.) auffällig höher liegt – werden dagegen Zielgruppen adressiert, die aufgrund spezifischer Faktoren empfänglicher für extremistische Ideologien beziehungsweise Deutungsangebote scheinen. Und Interventionsansätze der sogenannten indizierten Prävention, die sich auf Personen und Gruppen beziehen, bei denen Anzeichen von (extremismusaffiner) Radikalisierung feststellbar sind, konnten in nahezu jedem dritten Projekt ausgemacht werden (32 %, n = 721) – in der Regel handelt es sich um Aussteigerprogramme oder Distanzierungsberatungsangebote. Zum Handlungsfeld der indizierten Prävention wurden im MAPEX-Projekt mit einem relativen Anteil von 11 % deutlich weniger entsprechend ausgerichtete Projekte erfasst. Diese zwischen EPA und MAPEX zum Teil abweichenden Beobachtungen zur Präventionslandschaft sind womöglich Ausdruck differenter Erhebungsentscheidungen.¹¹ So erfasst EPA bei der selektiven und indizierten Prävention nicht nur Projekte, die sich direkt an sich radikalisierende beziehungsweise radikalisierte Personen wenden, sondern auch Projekte mit Bezugnahme auf deren unmittelbares sowie mittelbares soziales Umfeld beziehungsweise die Instanzen der sogenannten primären (wesentlich: Familie) und sekundären (wesentlich: Schule, Berufs-/Freizeitgruppen, Jugendhilfe) Sozialisation. Darüber hinaus unterscheidet das MAPEX-Projekt noch einmal zwischen Interventionsmaßnahmen (7 %) und indizierter Prävention (11 %), während EPA diese in der indizierten Prävention zusammenfasst.

Da ein individuelles wie auch gruppenbezogenes Radikalisierungs-geschehen prozesshaft verläuft und sich Übergänge in der Regel fließend darstellen, fokussieren die Präventionsangebote meist auch mehrere der vorgenannten Arbeitsfelder. So ist etwa ein Fünftel aller Projekte im Übergangsbereich von universeller zu selektiver oder von selektiver zu indizierter Prävention zu verorten (sogenannte Schwellenprojekte; 21 %, n = 478).

¹¹ In den folgenden Ergebnisteilen sind Vergleiche zwischen MAPEX und EPA aufgrund weiterer unterschiedlicher Erhebungskriterien nur noch bedingt möglich. So konnten im MAPEX-Projekt durch zusätzliche Interviews mit Vertreter*innen der Präventionsprojekte noch deutlich detailliertere Informationen eingeholt werden, beispielsweise zu Handlungsfeldern oder Kooperationspartnern, wodurch eine andere Aufteilung der Kategorien erfolgte.

Und während sich die Mehrzahl der Projekte auf ein Präventionsfeld begrenzt (59 %, n = 1.347), bedient immerhin wiederum jedes fünfte Projekt (20 %, n = 466) alle drei Arbeitsschwerpunkte.

Vielfalt der Arbeitsformate

Neben der Berücksichtigung des Zeitpunkts im Radikalisierungsverlauf ist auch die Wahl des konkreten Arbeitsformats für eine zielgruppen-gerechte Präventionsarbeit entscheidend. Am häufigsten sind weiterhin Beratungsleistungen (53 %, n = 1.202) und die Bildung von Netzwerken (49 %, n = 1.122) ein Bestandteil des Präventionsangebots. Als Reaktion auf einen mangelhaften Informationsaustausch zwischen Behörden während der NSU-Tatserie stellt die Vernetzung zwischen demokratischen zivil-gesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen eine zentrale Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses dar, welcher beispielsweise in Form von Beratungsnetzwerken, „Partnerschaften für Demokratie“ oder „Demokratiezentren“ Rechnung getragen wird.

Darüber hinaus regt der Untersuchungsausschuss auch an, Beratungsstellen für von extremistischer Gewalt und extremistischen Angriffen Betroffene auszubauen (Edathy et al. 2013). Hier scheint der Anteil unter den erfassten Projekten im Vergleich zu 2018 jedoch zu stagnieren (4 %, n = 90), wenngleich sich beispielsweise im Programm „Demokratie leben!“ die Gesamtausgaben für die Opferberatung zwischen 2015 und 2020 kontinuierlich deutlich erhöht haben (BMFSFJ 2021b, 14). Auf ebenfalls gleichbleibendem Niveau wird Ausstiegshilfe angeboten (5 %, n = 114).¹²

Informationsmaterial wie Broschüren oder Handbücher wird sowohl online als auch offline relativ häufig angeboten (26 %, n = 590), wohingegen interaktive Onlineformate wie zum Beispiel Beratungen oder Sozialarbeit weiterhin seltener stattfinden (5 %, n = 117). Infolge der Coronapandemie wäre hier ein deutlicherer Anstieg zu erwarten gewesen (Gruber 2021, 410). Dies könnte unter anderem darauf hinweisen, dass in der Pandemie vermehrt auf „passive“ Onlinemodule zurückgegriffen wurde. Gleichwohl lassen einzelne Beobachtungen erkennen, dass offenbar immer mehr

¹² Das MAPEX-Projekt erfasst einen ähnlichen Anteil (7 %, n = 38) an Projekten, die Ausstiegshilfen und Ausstiegsberatung anbieten (Freiheit et al. 2021a, 61).

Träger*innen und Projekte sich entsprechend dem Mediennutzungsverhalten der Zielgruppe der Jugendlichen modernen Kommunikationsmitteln öffnen und so beispielsweise eine Kontaktierung des Projekts über WhatsApp oder Signal ermöglichen.

Ein weiteres zentrales Präventionsangebot besteht aus Fort- und Weiterbildung (47 %, n = 1.065), welches vor allem mittels Fachvorträgen, Multiplikator*innenschulungen oder Workshops zur Kompetenzerweiterung beitragen soll. Derartige Angebote richten sich mit breiter angelegten thematischen Schwerpunktsetzungen wie „Umgang mit sich radikalierenden Jugendlichen“ häufig an mehrere Zielgruppen, vornehmlich jedoch an Fachpersonal aus den Bereichen Erziehung, Bildung und außerschulischer Jugendarbeit (80 %, n = 847), Verwaltung (26 %, n = 278), Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände (55 %, n = 583), religiöse Gemeinschaften (52 %, n = 549), Sportverbände und -vereine (24 %, n = 258) sowie Sicherheits- und Justizbehörden (22 %, n = 231).¹³ Aber auch Jugendliche selbst sind mitunter direkte Zielgruppe von Fortbildungen, um im Sinne des ‚Peer-to-Peer-Ansatzes‘ ihr dort erworbenes Wissen an andere Jugendliche weiterzugeben (zum Beispiel Konfliktlotsen an Schulen). Inwiefern solche Schulungsmaßnahmen zur effektiven Extremismusprävention wirklich beitragen, kann mangels systematischer Evaluationen schwer eingeschätzt werden (Lützing et al. 2020, 607). Insgesamt liegen 2021 nur für 14 % (n = 328) der registrierten Projekte veröffentlichte Evaluationen vor – was einen Anstieg um 12 Prozentpunkte bedeutet, jedoch vorwiegend auf den Gesamtergebnisbericht des Programms „Respekt Coaches“ zurückzuführen ist. Durch dieses nach wie vor ausgeprägte Evaluationsdefizit bleibt das innovative Potenzial eines offenen Austauschs zu „guter“ und „schlechter“ Praxis weiterhin ungenutzt.¹⁴

¹³ Besonders der Anteil der Fortbildungen, die sich an Fachpersonal von Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden sowie von religiösen Gemeinschaften richten, ist im Vergleich zu 2018 sehr stark gestiegen (Lützing et al. 2020, 607). Dies lässt sich unter anderem wieder mit der Neuerfassung von 275 Projekten des Programms „Respekt Coaches“ erklären, welches neben der Aufklärung von Schüler*innen auch die Vernetzung und Fortbildung von verschiedenen Träger*innen der Radikalisierungsprävention beabsichtigt.

¹⁴ Das Projekt PrEval (Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen – multimethodische Ansätze zur Wirkungsermittlung und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention sowie den Schnittstellen zur Gewaltprävention und politischen Bildung) möchte diesem Defizit entgegenwirken und die Evaluation stärker als bisher in der Extremismusprävention verankern (HSFK 2022).

Profile unterschiedlicher Arbeitsfelder

Neben der Tatsache, dass Präventionsprojekte gegen Rechtsextremismus den größten Anteil ausmachen, bestehen sie im Vergleich am längsten und generierten so umfängliche Praxiserfahrungen, was in entwickelten festen Strukturen und Netzwerken sowie in einem breiten, zielgruppen-gerechten Angebot konkreten Ausdruck findet. Zentrale Arbeitsformate in der Rechtsextremismusprävention sind Beratung, Vernetzung und Fortbildung. Aber auch die Beratung der von extremistischen Angriffen Betroffenen ist im Vergleich zu den anderen Phänomenbereichen weiterhin am stärksten ausgebaut (5 %, n = 72; im Vergleich zu maximal 3 % der anderen Arbeitsfelder).

Im Vergleich dazu gewann der religiös begründete Extremismus erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA an Bedeutung, was zirka ab 2006 auch erste präventive Initiativen wie etwa durch die Nicht-regierungsorganisation Violence Prevention Network zur Folge hatte. Als Resultat aus den Erfahrungen bei der Rechtsextremismusprävention besteht bereits seit längerem ein auffallend gut strukturiertes, vielfältiges und umfangreiches Angebot zur Islamismusprävention, auf welches etwa bei den Ausreisen aus Deutschland in die Krisengebiete nach Syrien und Irak zurückgegriffen werden konnte und das im Zuge dessen auch noch weiter ausgebaut wurde (Lützing et al. 2020, 608 f.). So ist der Anteil an Präventionsprojekten, die sich dem Arbeitsfeld Islamismus widmen, auch nach 2018 noch weiter gestiegen – von 32 % auf 36 %.

Hinsichtlich des Vernetzungsangebots lässt sich eine Tendenz fortlaufender Angleichung beider Phänomenbereiche erkennen: Stellten Gruber et al. (2017) für 2014/2015 noch fest, dass die Vernetzungsarbeit bei Projekten der Islamismusprävention gering ausgeprägt ist, so wird Vernetzung nun auf einem ähnlichen Niveau angeboten. 58 % (n = 887) der Projekte, die unter anderem Rechtsextremismus vorbeugen, haben einen Vernetzungsaspekt verankert, während dies beim Arbeitsfeld Islamismus auch 61 % (n = 505) der Projekte als Angebot nennen.¹⁵

¹⁵ Dieser zunehmende Vernetzungsaspekt im Arbeitsfeld Islamismus wird noch deutlicher, wenn nur Projekte berücksichtigt werden, die ausschließlich einen Phänomenbereich bearbeiten (Rechtsextremismusprävention: 24 % (n = 99) und Islamismusprävention: 32 % (n = 69)).

Aber es lassen sich weiterhin zentrale Unterschiede zwischen der Rechts- extremismus- und der Islamismusprävention feststellen. So fällt bei der Islamismusprävention nach wie vor auf, dass stärker als in anderen Phänomenbereichen auf Distanzierungs- und Ausstiegshilfe (9 %, n = 71) sowie Wissensvermittlung und Sensibilisierung gesetzt wird (60 %, n = 495).¹⁶ Weiterhin zielen die Angebote der Islamismusprävention verstärkt auf das soziale Umfeld der sich (potenziell) Radikalisierenden ab (26 %, n = 220; im Vergleich dazu Rechtsextremismus: 19 %, n = 298) und sind häufiger in Westdeutschland anzutreffen (71 %, n = 465), während Projekte zur Rechtsextremismusprävention gleichmäßiger auf West- und Ostdeutschland verteilt sind (West: 58 %, n = 689).

Im Bereich der Linksextremismusprävention ist gegenüber 2018 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (von 7 % auf 19 %, n = 432).¹⁷ Damit scheint dem häufig kritisierten Widerspruch zwischen dem hohen Aufkommen linksmotivierter politischer Gewaltkriminalität bei zugleich rarer Linksextremismusprävention Rechnung getragen zu werden. Kritisch anzumerken sei, dass es sich nahezu ausschließlich um ein universelles Angebot handelt (98 %, n = 421) und einer politisch links motivierten Gewaltkriminalität mit selektiven (17 %, n = 72) oder indizierten (14 %, n = 60) Ansätzen kaum begegnet wird.

Bei näherer Betrachtung ist der skizzierte absolute und prozentuale Anstieg vorwiegend auf die Neuerfassung der 275 „Respekt Coaches“- Projekte mit universellem Schwerpunkt zurückzuführen. Infolge der Erfassung dieser Vielzahl an Projekten ergibt sich auch eine Verschiebung in den ursprünglichen Merkmalen linkspräventiver Maßnahmen von 2018:

¹⁶ Beispielsweise verfolgen im Bereich der Rechtsextremismusprävention nur 3 % (n = 49) Ausstiegshilfe und 44 % (n = 682) Sensibilisierungsmaßnahmen. Unter Wissensvermittlung und Sensibilisierung sind Angebote zu fassen, die sich weder Ausstiegshilfe, Infomaterial oder Fortbildung noch allen anderen Angebotskategorien zuordnen lassen. Dazu zählen beispielsweise Sensibilisierungsmaßnahmen für die allgemeine Öffentlichkeit zu Propaganda und Symboliken oder Theaterprojekte für Jugendliche mit identitätsstiftendem Ziel.

¹⁷ MAPEX verzeichnet mit 54 % (n = 298) einen deutlich höheren Anteil an Projekten, die neben Islamismus und Rechtsextremismus auch Linksextremismus adressieren (Freiheit et al. 2021a, 63). Dieser Umstand kann darauf zurückzuführen sein, dass MAPEX im Gegensatz zu EPA nicht eine gesonderte Kategorie „allgemeiner Extremismus“ zur Erfassung von Demokratieförderung ausweist. So werden bei MAPEX zahlreiche Projekte der Demokratieförderung vermutlich stattdessen allen drei Phänomenbereichen zugeordnet.

Die gesamten linkspräventiven Angebote werden nun überwiegend auch von zivilgesellschaftlicher Seite getragen (68 %, n = 294 zivilgesellschaftliche Trägerschaft statt 87 % staatliche Trägerschaft im Jahr 2018) und agieren seltener als zuvor auf bundesweiter Ebene (nur noch 14 %, n = 62 statt 36 % im Jahr 2018). Informationsmaterial nahm 2018 noch einen hohen Stellenwert in der linkspräventiven Arbeit ein (34 % - 2021: 17 %, n = 72), während durch die Erfassung der „Respekt Coaches“ nun auch verstärkt Fortbildungen (72 %, n = 312), Vernetzung (77 %, n = 333) und Beratung (78 %, n = 338) ein zentraler Bestandteil sind. Dass diese Merkmalsänderungen vorrangig durch die Eigenschaften der „Respekt Coaches“ verursacht werden, bestätigt sich bei der Betrachtung von Projekten, die ausschließlich Links-extremismus vorbeugen wollen: In dieser - obgleich geringen - Datenauswahl von 22 Projekten herrschen nach wie vor bundesweit agierende (82 %, n = 18), sich in staatlicher Trägerschaft befindende (82 %, 18) Projekte vor, die insbesondere Informationsmaterial anbieten (73 %, n = 16).

Neben diesen ideologiespezifischen Präventionsmaßnahmen zielen unverändert etwa zwei Drittel (n = 1.509) der Projekte sozusagen phänomenübergreifend auf die Prävention von Extremismus ab - unabhängig von einer spezifischen politischen und/oder religiösen Ideologie. Es handelt sich hierbei vor allem um universell präventive Ansätze (95 %, n = 1.434), während 29 % (n = 437) aller Projekte sich gänzlich ideologieunabhängigen Themen widmen. Diese Projekte befinden sich vorrangig in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft (80 %, n = 348) und setzen in erster Linie auf Demokratieförderung. Wird ergänzend noch ein phänomenologischer Schwerpunkt gesetzt (71 %, n = 1.072), so liegt der Fokus meist auf Rechtsextremismus (68 %, n = 1.023) oder Islamismus (36 %, n = 544).

Letztlich werden noch 12 % (n = 273) der Projekte unter sonstige Extremismusprävention erfasst, da sie konkrete Phänomene beziehungsweise Gruppierungen adressieren, aber den zuvor genannten nicht zugeordnet werden können. Diese Projekte umfassen beispielsweise Themen wie türkischen Nationalismus, die PKK oder „Reichsbürger/Selbstverwalter“ mit Schnittmengen zum Rechtsextremismus.¹⁸

¹⁸ Nach wie vor fehlt bei Projekten mit Themenbezug auf „Reichsbürger/Selbstverwalter“ ein separates Angebot der Ausstiegshilfe. Stattdessen könnte hierzu das Angebot zum Rechtsextremismus genutzt werden, und es erfolgt ausschließlich eine Konzentration auf Informationsmaterial.

Auch lassen sich in der Präventionspraxis stets Bezugnahmen auf aktuelle radikalisierungsträchtige gesellschaftspolitische Entwicklungen ausmachen. Im Zuge der Coronapandemie 2020 und 2021 ist ein deutlicher Schwerpunkt auf Querdenken und Verschwörungsideologien wahrnehmbar. Aufgrund begrenzter zeitlicher und personeller Ressourcen und einer seit 2018 wachsenden Anzahl an zu aktualisierenden Projekten konnte eine quantitative Erfassung dieser Themen jedoch nicht realisiert werden, sodass diese Entwicklung quantitativ nicht näher abbildbar ist.

Bereits in den Vorjahren wurden infolge des großen Zustroms Geflüchteter in den Jahren 2015/2016 die Schwerpunkte Migration/Flucht sowie Medienkompetenz erfasst. Der Aspekt Migration/Flucht wird weiterhin in nahezu der Hälfte aller Projekte thematisiert (49 %, n = 1.122). Hierbei richten sich die Maßnahmen häufig direkt an Migrant*innen/Geflüchtete entweder als potenziell Radikalisierte im Rahmen von Islamismusprävention oder als Opfer von rechtsextremen Taten. Um diesen Aspekt zahlenmäßig annähernd darzustellen, eignet sich eine Gegenüberstellung des Schwerpunkts Migration/Flucht bei ausschließlicher Islamismus- beziehungsweise Rechtsextremismusprävention. So referenzieren 44 % (n = 95) der ausschließlich Islamismus behandelnden Maßnahmen auf Migration/Flucht, wohingegen dies nur auf 30 % (n = 126) der Rechtsextremismusprävention zutrifft. Zentral sind aber auch allgemeine Sensibilisierungsmaßnahmen und Fortbildungen zu rechtsextremistischen Angriffen und islamistischer Propaganda, die sich an die allgemeine Bevölkerung oder Fachkräfte richten.

Mit dem Schwerpunkt Medienkompetenz berücksichtigt das Präventionsangebot die wachsende Bedeutung des Internets im Radikalisierungs-geschehen, etwa in Form von Anwerbungsversuchen und Verbreitung extremistischer Ideologien. Insbesondere junge Menschen sollen hierbei einen kritischen Umgang mit Medien erlernen, um so extremistische Propaganda erkennen zu können. Infolge der Coronapandemie, in der sich auch extremistische Aktivitäten zunehmend in die digitale Welt verlagert haben, lässt sich für 2021 ein deutlicher Anstieg an erfassten Präventionsprojekten verzeichnen, die eine Stärkung der Medienkompetenz verfolgen (26 %, n = 588 statt 14 % im Jahr 2018).

Die Präventionslandschaft im Spiegel von PMK- und Sozialstruktur-Daten

Politisch und/oder religiös motivierte Kriminalität können als Ausdruck von strafrechtsrelevanten Entgrenzungen individueller und kollektiver Radikalisierungsprozesse verstanden werden. In den folgenden Analysen ziehen wir die entsprechenden Kriminalstatistiken als Indikator für einen offensichtlich gegebenen Präventionsbedarf heran. Im Verlauf des Monitorings wird es so in den nächsten Jahren möglich, das Verhältnis von Angebot und Bedarf sowie die Zielgerichtetheit der entsprechenden regionalen Angebotsstrukturen zunehmend besser einzuschätzen. Da wir – wie gezeigt – sozialstrukturelle Gegebenheiten auch als antezedente Bedingungen von politisch motivierter Kriminalität betrachten können, werden wir auf die entsprechenden ersten Befundlagen hierzu (Bitschnau et al. 2022 in diesem Band) auch in der anstehenden Analyse zurückgreifen. Die Analyseebene stellen – analog zum MOTRA-Ansatz – die 401 Kreise und kreisfreien Städte dar. In den Analysen wurden die bundesweiten Angebote – welche für alle Kreise gleichermaßen bestehen – aus der Betrachtung ausgeschlossen und lediglich die lokalen sowie landesweiten Projekte berücksichtigt, um dem Anliegen entsprechen zu können, regional differenzierend das Verhältnis von Angebot und Bedarf im Entwicklungsverlauf verfolgen zu können. Um einer möglichen Unterrepräsentanz lokaler Projekte in den Daten entgegenzuwirken und solche lokalen, kurzfristigen Projekte gezielter zu erfassen, erfolgte für 2021 eine weitere Zusatzrecherche auf Landkreisebene.¹⁹ Hierbei wurden jedoch lediglich weitere 20 lokale Projekte erfasst und diese fließen in die folgenden Analysen mit ein.

Landesweite Projekte, die gleichermaßen für jeden Landkreis eines Bundeslandes erfasst werden, sind in unterschiedlichem Umfang in den Bundesländern vorhanden.²⁰ Die Spanne reicht von 22 bis hin zu 142 Angeboten. 76 % (n = 303) der Kreise verfügen über mindestens ein spezifisch lokales Extremismuspräventionsangebot. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass das

¹⁹ Hierzu wurden die ersten zehn Ergebnisse aus der Google-Suche von „Extremismus Prävention“ beziehungsweise „Radikalisierung Prävention“ in Verbindung mit den Namen der 401 Kreise und kreisfreien Städte gesichtet.

²⁰ Auf der Website des Extremismuspräventionsatlas ist nur der Hauptstandort eines Projekts erfasst. Zur Anzeige der landesweiten Projekte eines jeden Bundeslandes wählen Sie den Filter „landesweit“ und das entsprechende Bundesland aus.

lokale Präventionsangebot nicht immer exakt erhoben werden konnte. So kann die postalische Erreichbarkeit und damit die registrierte Verortung eines Projekts vom tatsächlichen Wirkungsort abweichen, oder bei mehreren Wirkungsorten eines Projekts konnte mitunter nur ein Standort genau erfasst werden. Diese mögliche Ungenauigkeit in den Daten ist bei den folgenden Ausführungen immer zu berücksichtigen.

Insbesondere in den neuen Bundesländern ist die Abdeckung nahezu flächendeckend (97 %, n = 75), wohingegen für fast ein Drittel der westdeutschen Kreise (30 %, n = 96) keinerlei lokale Maßnahmen auffindbar waren. Auch in der Angebotsanzahl pro Kreis zeigt sich ein leichtes Ost-West-Gefälle: Während in 50 % der ostdeutschen Kreise mit regionalem Präventionsangebot mindestens drei lokale Projekte zu verzeichnen sind, liegt der Median westdeutscher Kreise nur bei zwei. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Betrachtung landesweiter Projekte (Median Westdeutschland: 48, Median Ostdeutschland: 55), sowie in Relation zur Bevölkerungsgröße (1,06 lokale Projekte pro 100.000 Einwohner*innen in Westdeutschland versus 2,06 lokale Projekte pro 100.000 Einwohner*innen in Ostdeutschland). Damit bestätigt sich auch auf Kreisebene die zuvor festgestellte stärkere Verankerung der Extremismusprävention in den Kreisen der neuen Bundesländer, die auf einen längeren Förderschwerpunkt zurückblicken.

Doch unterscheiden sich die Kreise mit viel beziehungsweise wenig Präventionsangebot noch in weiteren Merkmalen? Auffällig ist der Unterschied auf Verwaltungsebene zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen: Während nur bei 9 % (n = 10) der kreisfreien Städte keine lokalen Projekte registriert wurden, trifft dies auf 30 % (n = 88) der Landkreise zu. Ebenso können für die kreisfreien Städte mit Präventionsangebot durchschnittlich deutlich mehr lokale Projekte verzeichnet werden (Mittelwert: 4,5; Median: 3) als in den Landkreisen mit lokalen Projekten (Mittelwert: 2,7; Median: 2). So vereinen die kreisfreien Städte nahezu die Hälfte der identifizierten lokalen Projekte auf sich (44 %, n = 436), obwohl sie nur 27 % der 401 Kreise ausmachen beziehungsweise nur zirka 32 % von Deutschlands Gesamtbevölkerung dort lebt. Bei Hinzuziehung der landesweiten Maßnahmen bleibt diese Verteilung des Angebots auf die Verwaltungseinheit (kreisfreie Städte: Mittelwert 62,9 beziehungsweise Median 53; Landkreise: Mittelwert 58,4 beziehungsweise Median 49) in etwas geringerem Ausmaß weiterhin bestehen.

Diese Befunde können im Zusammenhang mit der durchschnittlich größeren Bevölkerung je kreisfreier Stadt stehen. So ist ebenfalls anzumerken, dass für Städte und Kreise ab 250.000 Einwohner*innen deutlich häufiger mehr als drei lokale Projekte in die Datenbank aufgenommen wurden (48 %, n = 45) als für bevölkerungsarme Gebiete mit weniger als 250.000 Einwohner*innen (14 %, n = 42). Diese wiederum zeichnen sich vor allem durch einen hohen Anteil an keinerlei Angebotsregistrierung aus (30 %, n = 91; Kreise mit mehr als 250.000 Einwohner*innen: 7 %, n = 7).²¹ Solch einen positiven Zusammenhang zwischen Bevölkerungsgröße und Anzahl an Präventionsangeboten stellten auch Kurtenbach/Schumilas (2021: 149 f.) in ihren Analysen im Rahmen des MAPEX-Projekts fest. Nichtsdestotrotz steigt das Präventionsangebot nicht annähernd proportional zur Bevölkerungsgröße, sodass auch kein deutlicher Zusammenhang mehr zwischen Bevölkerungsgröße und Präventionsangebot pro 100.000 Einwohner*innen zu erkennen ist.²²

Dieser Zusammenhang von Bevölkerungsgröße und Extremismus vorbeugenden sowie intervenierenden Maßnahmen wirft letztlich die Frage auf, ob Großstädte einen stärkeren Präventionsbedarf haben. Zunächst lässt sich festhalten, dass in kreisfreien Städten sowohl absolut (Median: 93) als auch pro 100.000 Einwohner*innen (Median: 73,8) ebenfalls häufiger überproportional viele politisch motivierte Straftaten registriert werden im Vergleich zu Landkreisen (Median absolute Anzahl: 71,5; Median je 100.000 Einwohner*innen: 41,9).²³ Für die Bevölkerungsgröße ist bei politisch motivierter Kriminalität ein ähnliches Muster wie beim Präventionsangebot zu finden: Die Bevölkerungsgröße hängt positiv mit der absoluten Häufigkeit von politisch motivierten Straftaten zusammen.²⁴

²¹ Kreise ohne lokales Präventionsangebot weisen entsprechend eine geringere Einwohnerdichte je km² (Mittelwert: 225,8; Median: 144) auf als Kreise mit lokalem Präventionsangebot (Mittelwert: 637,6; Median: 261).

²² Zwischen Bevölkerungsgröße und dem absoluten lokalen Präventionsangebot zeigte sich eine stärkere positive Korrelation (Spearman's $\rho = 0,46$, $p < 0,01$), wohingegen solch ein positiver Zusammenhang zwischen Bevölkerungsgröße und Präventionsangebot pro 100.000 Einwohner*innen nicht nachzuweisen ist (Spearman's $\rho = -0,026$, $p > 0,05$).

²³ Da die Daten zur politisch motivierten Kriminalität teils auch extreme Ausreißer beispielsweise infolge von Großveranstaltungen enthalten, wird hier kein arithmetisches Mittel, sondern der Median dargestellt.

²⁴ Die Bevölkerungsgröße korreliert stark positiv mit der absoluten PMK-Fallzahl (Spearman's $\rho = 0,57$, $p < 0,01$), Bevölkerungsanzahl mit PMK je 100.000 Einwohner*innen dagegen sogar schwach negativ (Spearman's $\rho = -0,178$, $p < 0,01$).

Insgesamt zeigt sich ein leicht positiver Zusammenhang zwischen politisch motivierter Kriminalität und lokalem Präventionsangebot, sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation pro 100.000 Einwohner*innen (Abbildung 1).²⁵ Folglich geht ein höheres Straftatenaufkommen eher mit einer stärker ausgeprägten Struktur lokaler Präventionsangebote einher. So liegt der Median des gesamten PMK-Straftatenaufkommens pro 100.000 Einwohner*innen bei Kreisen ohne lokales Präventionsangebot mit 38,5 deutlich unter dem Wert der Kreise mit lokalen Maßnahmen (Median: 52). Werden auch die landesweiten Präventionsmaßnahmen hinzugezogen, schwächt sich dieser Zusammenhang erwartungsgemäß ab.²⁶

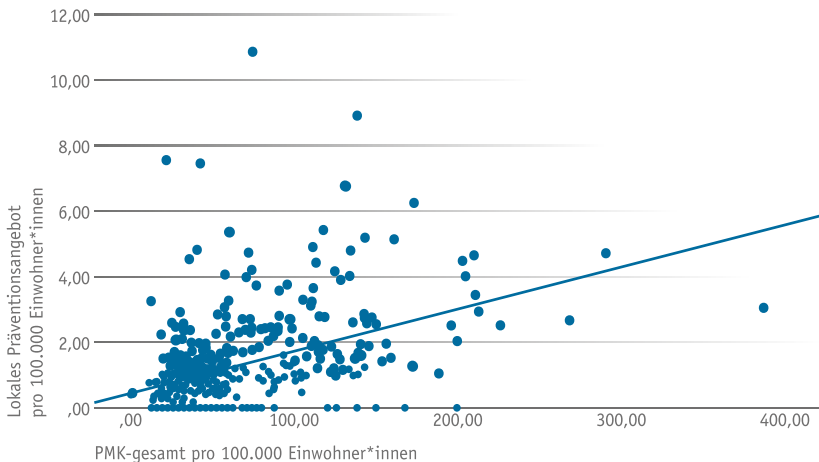


Abbildung 1: Streudiagramm des lokalen Präventionsangebots pro 100.000 Einwohner*innen und PMK gesamt pro 100.000 Einwohner*innen.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EPA-Daten 2021 und der PMK-Daten 2021 (BKA 2021).

²⁵ Ein positiver Zusammenhang zwischen gesamter PMK und lokalen Präventionsprojekten zeigt sich bei Betrachtung der absoluten Zahlen (Spearman's $\rho = 0,62$, $p < 0,01$) und pro 100.000 Einwohner*innen (Spearman's $\rho = 0,46$, $p < 0,01$).

²⁶ Ein Zusammenhang zwischen gesamter PMK und gesamten Präventionsmaßnahmen lässt sich bei Betrachtung der absoluten Zahlen (Spearman's $\rho = 0,34$, $p < 0,01$) und pro 100.000 Einwohner*innen (Spearman's $\rho = 0,2$, $p < 0,01$) nur noch abgeschwächt zeigen.

Um einen ersten Eindruck von möglichen Zusammenhängen zwischen soziostrukturellen Gegebenheiten, PMK und Angebotsstruktur zu bekommen, wird geprüft, inwieweit die über die Sozialraumanalyse identifizierten Cluster beziehungsweise Typen von Kreisen, die sich durch ein je spezifisches Ausmaß an sozialer Desorganisation und kultureller Heterogenität sowie ein damit offenbar assoziiertes PMK-Aufkommen auszeichnen (Bitschnau et al. 2022 in diesem Band), eine entsprechende Angebotsstruktur aufweisen. Bei der Betrachtung der Sozialraumtypen spiegelt sich der oben gezeigte positive Zusammenhang zwischen PMK und Präventionsangebot wider. Die identifizierten Sozialraumtypen mit stärkerer Betroffenheit von PMK (Typ 1 ‚Städtisch-West – prekär-heterogen‘, Typ 2 ‚Ländlich-Ost – prekär-homogen‘ und Typ 6 ‚Großstädtisch-West – solide-heterogen‘) weisen auch eine höhere Dichte an lokalen Präventionsmaßnahmen auf, wohingegen die Sozialraumtypen, die ein geringeres PMK-Fallaufkommen aufweisen (Typ 3 ‚Kleinstädtisch-Ost West – prekär-homogen‘, Typ 4 ‚Ländlich-West – solide-homogen‘ und Typ 5 ‚Ländlich-West – solide-heterogen‘), auch weniger lokale Maßnahmen vorhalten (Tabelle 1).

Tabelle 1

Mediane des lokalen Präventionsangebots pro 100.000 Einwohner*innen und politisch motivierter Kriminalität pro 100.000 Einwohner*innen nach Sozialraumtypen.

	PMK-gesamt	Lokal-spezifisches Präventionsangebot
Typ 1 ‚Städtisch-West – prekär-heterogen‘	45,02	1,41
Typ 2 ‚Ländlich-Ost – prekär-homogen‘	85,70	1,61
Typ 3 ‚kleinstädtisch-Ost West – prekär-homogen‘	32,72	1,09
Typ 4 ‚Ländlich-West – solide-homogen‘	25,50	0,55
Typ 5 ‚Ländlich-West – solide-heterogen‘	21,83	0,20
Typ 6 ‚Großstädtisch-West – solide-heterogen‘	52,11	1,73
Gesamt	31,74	0,97

Höchste PMK ●●●●●● niedrigste PMK pro Phänomenbereich
 Höchste Angebotsdichte ●●●●●● niedrigste Angebotsdichte

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EPA-Daten 2021 und der Sozialraum-Typologie (Bitschnau et al. 2022).

Die Sozialraumanalyse ließ vor allem Differenzen zwischen Ost und West sowie Stadt und Land hinsichtlich des PMK-Aufkommens im Zusammenhang mit entsprechenden Erscheinungen sozialer Desorganisation offenkundig werden: Je geringer das Ausmaß sozialer Desorganisation, desto niedriger das PMK-Fallaufkommen. Es zeigt sich, dass in West- und Ostdeutschland offensichtlich noch unterschiedliche soziostrukturelle Realitäten gegeben sind, die mit einem differenten Radikalisierungsgeschehen – hier festgemacht an der Erscheinung politisch motivierter Kriminalität – einhergehen (Bitschnau et al. 2022). Wie in Tabelle 2 ersichtlich, scheint dies jedoch eine Entsprechung im lokal- beziehungsweise kreisspezifischen Präventionsangebot zu finden: Die EPA-Daten offenbaren bisher eine stärkere Präsenz von Präventionsmaßnahmen in Ostdeutschland sowie städtisch geprägten Kreisen.

Tabelle 2

Lokales Präventionsangebot nach Sozialraum-Typologie.

	lokales Präventions- angebot vorhanden		kein lokales Präventions- angebot vorhanden		Gesamt	
Typ 1 `Städtisch-West – prekär-heterogen`	28	9,2	1	1,0	29	7,2
Typ 2 `Ländlich-Ost – prekär-homogen`	62	20,5	4	4,1	66	16,5
Typ 3 `kleinstädtisch-Ost West – prekär-homogen`	89	29,4	12	12,2	101	25,2
Typ 4 `Ländlich-West – solide-homogen`	28	9,2	20	20,4	48	12,0
Typ 5 `Ländlich-West – solide-heterogen`	62	20,5	60	61,2	122	30,4
Typ 6 `Großstädtisch-West – solide-heterogen`	34	11,2	1	1,0	35	8,7
Gesamt	303	100	98	100	401	100

● Absolut ● Spaltenprozent (%)

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EPA-Daten 2021 und der Sozialraum-Typologie (Bitschnau et al. 2022).

Widmen wir uns abschließend der Frage, inwiefern das Präventionsangebot die unterschiedlichen Phänomenbereiche politisch und religiös motivierter Kriminalität adressiert. Zunächst ist festzuhalten, dass bei

deutlicher Zunahme politisch motivierter Kriminalität in 2021 die Verteilung auf die Phänomenbereiche gegenüber den Vorjahren quasi gleich geblieben ist. So machen Straftaten der „PMK rechts“ (39,9 %) und „PMK links“ (18,4 %) weiterhin einen deutlich höheren Anteil am Gesamtaufkommen aus als „PMK religiöse Ideologie“ (0,9 %). Damit erscheint das Präventionsangebot zu religiös motiviertem Extremismus, das 36 % aller Maßnahmen auf sich vereint, weiterhin deutlich überproportional vertreten, was als Ausdruck eines mit diesem Phänomenfeld stärker assoziierten Terrorismuspotenzials beziehungsweise Anschlagrisikos gewertet werden kann. Im Vergleich zum Vorjahr ist zudem die Fallzahl im Phänomenbereich „PMK nicht zuzuordnen“ deutlich angestiegen (38,8 %). Diesem Bereich steht ein nahezu gleichbleibend hoher Anteil an phänomenunabhängigen Präventionsangeboten (66 %) gegenüber. Ganz allgemein kann festgehalten werden, dass in den Kreisen mit hohem Fallzahlenaufkommen in einem der vorgenannten Phänomenbereiche auch eine entsprechend höhere phänomenspezifische Angebotsdichte vorliegt. Ein derartiger positiver Zusammenhang findet sich vor allem mit Blick auf den Phänomenbereich „PMK rechts“, wohingegen dies für den linken und religiös motivierten Extremismus weniger deutlich hervorsticht.²⁷ Analog lässt sich auch ein leicht positiver Zusammenhang zwischen „PMK nicht zuzuordnen“ und einem phänomenunspezifisch ausgestalteten Präventionsangebot feststellen.²⁸

Fazit und Ausblick

Die Analysen geben einen Überblick über die deutsche Präventionslandschaft 2021. Der Vergleich mit den Daten aus 2018 sowie der analytische Abgleich mit dem jeweils regionalräumlichen Aufkommen zur politisch und/oder religiös motivierten Kriminalität als Indikator für ein interventionsbedürftiges, aus den ‚normativen‘ Fugen geratenes

²⁷ Folgende Zusammenhangsmaße ergaben sich zwischen lokalem Präventionsangebot und PMK für die einzelnen Phänomenbereiche: rechts (Spearman's $\rho = 0,58$, $p < 0,01$), links (Spearman's $\rho = 0,38$, $p < 0,01$), religiös motivierter Extremismus (Spearman's $\rho = 0,29$, $p < 0,01$).

²⁸ Das Zusammenhangsmaß zwischen „PMK nicht zuzuordnen“ und Extremismus allgemein betreffenden Präventionsangeboten beträgt Spearman's $\rho = 0,45$, $p < 0,01$.

Radikalisierungsgeschehen illustrieren erstmalig umfassender das Erkenntnispotenzial eines systematischen Monitorings, einer fortlaufenden Kartografierung der Präventionslandschaft. Die Analysen ermöglichen so über die Jahre eine bessere Orientierung, wie es um das Verhältnis von Angebot und Bedarf bestellt ist. Auch erlaubt ein fortlaufendes Monitoring im Gegensatz zu Einmal- beziehungsweise sogenannten Querschnittsbetrachtungen, inwieweit sich bestimmte Zusammenhänge zwischen Angebotsstruktur, soziostrukturellen Rahmenbedingungen und (kritischen, risikoträchtigen) Radikalisierungserscheinungen im Entwicklungsverlauf darstellen. So wird es künftig möglich, eine nähere Einschätzung vorzunehmen, inwiefern die Angebotsstruktur auf veränderte Bedarfslagen reagiert und gegebenenfalls eine präventive Kraft entfaltet.

Im Jahr 2021 vermittelt sich das Bild einer gewissen Kongruenz zwischen bestimmten Erscheinungsformen politisch motivierter Kriminalität und entsprechenden Angebotsformaten auf Ebene der 401 Kreise und kreisfreien Städte – einem Mehr an PMK wird mit einem Mehr an Prävention begegnet. Wobei anzufügen ist, dass diese Beobachtung nichts über die Qualität und Wirkung der Präventionsprojekte aussagt. Hierzu bedürfte es – wie gesagt – einerseits einer größeren Zahl von Beobachtungs- beziehungsweise Messzeitpunkten und andererseits differenzierenderer Analysen der einzelnen Angebote in Gestalt elaborierter Evaluationsstudien, die die jeweiligen Angebote hinsichtlich ihrer organisatorisch-strukturellen und inhaltlich-konzeptionellen Zuschnitte näher untersuchen und über einen längeren Zeitraum begleiten, um mögliche Wirkungseffekte erfassen zu können. Dies kann der hier verfolgte Monitoring-Ansatz nicht leisten. Wohl aber wird es unter einer generellen Wirkungsannahme der vorgehaltenen Angebote in den nächsten Jahren möglich, die Daten auf einer höheren Aggregatsebene abzugleichen und – von konkreten einzelnen Angeboten abstrahierend – so näher einzuschätzen, inwieweit die regional vorgehaltene Angebotsstruktur mögliche präventive Effekte im Hinblick auf ein kriminalitätsaffines, strafrechtsrelevantes Radikalisierungsgeschehen entfaltet.

In diesem Bemühen sind wir uns natürlich der beschränkten Datengrundlage bewusst: Die EPA-Daten bilden lediglich die öffentlich geförderten und mittel- bis langfristig angesetzten Projekte recht umfassend ab, während die Erfassung von ehrenamtlich und kurzfristig organisierten Maßnahmen über die Internetrecherche eher vom Zufall abhängt und so

nicht systematisch erfolgen kann. Darüber hinaus erlauben die Internetrecherchen aufgrund nicht verfügbarer Informationen nicht immer die exakte Lokalisierung eines Projekts sowie die Erfassung des Wirkungsradius, insofern Projekte über den jeweiligen ‚Verwaltungsstandort‘ hinaus durchaus noch in weiteren Kreisen tätig sind oder gar der tatsächliche Wirkungsort des Projekts vom ‚Verwaltungsstandort‘ abweicht. Wir werden die Erfassungsroutinen künftig entsprechend optimieren und die Analysen auf eine breitere, mehr Messzeitpunkte umfassende Datengrundlage stellen. Ebenso werden die weiter zu entwickelnden Sozialraumanalysen stärker auf die hier gegenständliche Fragestellung zur Passung von regionalräumlichem Radikalisierungsgeschehen und der Struktur des Präventionsangebots ausgerichtet.

Literatur

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (2021). *INKAR. Übersicht der Indikatoren*. Abrufbar unter: <https://www.inkar.de/documents/Uebersicht%20der%20Indikatoren.xlsx> [20.04.2022].
- Bitschnau, S., Michaelis, S., Bretsch, D. & Kemmesies, U. (2022). *Radikalität im Spiegel politisch motivierter Kriminalität: Eine Sozialraumanalyse auf Kreisebene – erste deskriptiv-explorative Analysen*, in: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Dessecker, A., Grande, E., & Rieger, D. (Hrsg.). *MOTRA-Monitor 2021*, Wiesbaden, 154–187.
- BKA (2021). *Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität* (Stichtag: 31.12.2021).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017). *Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention*. Abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/117610/354cf0b045adc89e2a07968851334c8d/bericht-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-data.pdf> [22.04.2022].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021a). *Wissenschaftliche Begleitung des Modellprogramms „Respekt Coaches/Anti-Mobbing-Profis“: Endbericht*. Abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/182692/0678edd3d9f9f4fa0ac2c939420032da/respekt-coaches-endbericht-wissenschaftliche-begleitung-data.pdf> [22.04.2022].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021b). *Zweiter Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention*. Abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/184630/72eb76404ffe34b0e0a302e-3d3a147ee/zweiter-bericht-der-br-ueber-arbeit-und-wirkusamkeit-extremismuspraevention-data.pdf> [29.04.2022].
- Dantschke, C. & Köhler, D. (2013). *Angehörigenberatung und Deradikalisierung. Theoretische und praktische Implikationen sowie erster inhaltlicher Bericht über die Beratungsstelle Hayat*, in: Journal EXIT-Deutschland. *Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur*, 1, 184–199.
- Edathy, S., Stracke, S., Binninger, C., Wolff, H., Wieland, W., Högl, E. & Pau, P. (2013). *Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes*. Abrufbar unter: <https://dsrserver.bundestag.de/btd/17/146/1714600.pdf> [29.04.2022].
- Fachstelle JMD Respekt Coaches (2021). *Das Programm Respekt Coaches 2021. Neue Formate, größeres Themenspektrum*. Abrufbar unter: <https://www.lass-uns-reden.de/news/das-programm-respekt-coaches-2021> [23.05.2022].
- Figlestahler, C. & Schau, K. (2021). *Prävention und Sicherheit. Ein (Rück-)Blick auf die Präventions- und Distanzierungslandschaft in Deutschland*, in: *Ligante*, 4, 16–21.
- Freiheit, M., Uhl, A. & Zick, A. (2021a). *Ein systematischer Blick auf die Präventionslandschaft in Deutschland*, in: MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.). *Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung*, Osnabrück/Bielefeld, 49–82.
- Freiheit, M., Uhl, A. & Zick, A. (2021b). *Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention – Perspektiven aus Praxis und Forschung*, in: MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.). *Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung*, Osnabrück/Bielefeld, 223–266.
- Gansewig, A. (2018). *Prävention von politischem Extremismus in Deutschland. Eine Betrachtung zur Bedarfs- und Angebotslage*, in: Walsh, E., Pniewski, B., Kober, M. & Armbrorst, A. (Hrsg.). *Evidenzbasierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis*, Wiesbaden, 465–488.

- Gruber, f. & Lützing, S. (2017). *Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft*. Wiesbaden, Bundeskriminalamt (Hrsg.).
Abruf unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2017/PueG_ExtremismuspraeventionInDeutschland_Erhebung.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [24.06.2022].
- Gruber, f., Lützing, S. & Kemmesies, U. (2017). *Extremismusprävention in Deutschland. Zum Ansatz einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention*, in: forum kriminalprävention (3/2017).
- Gruber, f. (2021). *Extremismuspräventionsatlas (EPA). Eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland*, in: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Dessecker, A., Grande, E., Kusche, I. & Rieger, D. (Hrsg.). MOTRA-Monitor 2020, Wiesbaden, 396-415.
- Hamm, R. J. (2021). *Sicherheitshalber Prävention. Zu den Auswirkungen des Sicherheitsdiskurses auf zivilgesellschaftliche Träger in der Prävention gegen religiös begründeten Extremismus*, in: Ligante, 4, 23-27.
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Leibniz-Institut (HSFK) (2022). *PrEval – Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen*. Abrufbar unter: <https://preval.hsfk.de/> [12.07.2022].
- ISS-Frankfurt a. M. (2019). *Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015–31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“*. Abrufbar unter: https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Abschlussbericht_WB_PfD_2019_final.pdf [22.04.2022].
- Kemmesies, U. & Ben Slama, B. (2020). *Einführung der Herausgeber*, in: Ben Slama, B. & Kemmesies, U. (Hrsg.). *Handbuch Extremismusprävention*, Wiesbaden, 18-29.
- Kurtenbach, S. & Schumilas, L. (2021). *Angebotslandschaften zur Prävention islamistischer Radikalisierung – Eine deutschlandweite und kommunale Analyse*, in: MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.). *Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung*, Osnabrück/Bielefeld, 143-175.
- Lützing, S., Gruber, f. & Hedayat, A. (2020). *Eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland sowie ausgewählte Präventionsstrategien aus dem europäischen Ausland*, in: Ben Slama, B. & Kemmesies, U. (Hrsg.). *Handbuch Extremismusprävention*, Wiesbaden, 587-626.
- Lützing, S. (2010). *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Köln, Polizei + Forschung, Bd. 40.
- Moghaddam, f. (2018). *Mutual Radicalization: How Groups and Nations Drive Each Other to Extremes*. American Psychological Association. Abrufbar unter: <https://doi.org/10.1037/0000089-000> [22.04.2022].
- Neitzert, A. (2021). *Ausstiegsarbeit gegen Extremismus in NRW: Eine vergleichende Analyse. Was können staatliche und zivilgesellschaftliche Ausstiegsprogramme gegen Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus voneinander lernen?* BICC, Working Paper 2.
- Oberwittler, D. (2021). *Jugend und Kriminalität*, in: Krüger, H., Grunert, C. & Ludwig, K. (Hrsg.). *Handbuch Kindheits- und Jugendforschung*, Wiesbaden, 1-40.
- Statista (2022). *Bevölkerung – Zahl der Einwohner in Ost- und Westdeutschland von 1991 bis 2020*. Abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1058231/umfrage/zahl-der-einwohner-in-ost-und-westdeutschland/#:~:text=Im%20Jahr%202020%20betrug%20die,etwa%2012%2C5%20Millionen%20Personen> [16.06.2022].
- Weilnböck, H. & Uhlmann, M. (2018). *Gute Praxis in der Prävention. 20 Thesen zu Extremismusprävention & Programmgestaltung*. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/264235/gute-praxis-in-der-praevention/> [10.05.2022].

